



HESSEN



Bericht aus Brüssel

02/2026 vom 02.02.2026

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B-1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-Mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäisches Parlament.....	4
Europäischer Ausschuss der Regionen.....	5
Wirtschaft.....	5
Energie.....	6
Digital.....	6
Finanzen.....	7
Soziales.....	7
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	8
Landwirtschaft und Umwelt.....	9
Justiz.....	9
Inneres.....	10
Veranstaltungen.....	10
Vorschau.....	12

Institutionelles

Europäischer Rat; informelle Sitzung am 22.01.2026

Die Staats- und Regierungschefs kamen am 22.01.2026 zu einer informellen Sondersitzung des Europäischen Rates (ER) in Brüssel zusammen. Anlass war das transatlantische Verhältnis, insbesondere die Ansprüche der US-Administration auf Grönland sowie der Vorschlag von US-Präsident Trump für einen neuen „Friedensrat“. Der ER hat keine förmlichen Beschlüsse gefasst. ER-Präsident António Costa fasste die Ergebnisse mündlich in eigenen Schlussfolgerungen zusammen: Er versicherte DNK und Grönland die volle Unterstützung der EU. Allein DNK und Grönland könnten über ihre Angelegenheiten entscheiden. Man habe ferner „ernsthafte Zweifel“ an einer Reihe von Aspekten der Charta des Friedensrates, die „ihren Anwendungsbereich, ihre Governance und ihre Vereinbarkeit mit der Charta der Vereinten Nationen betreffen“. Präsident Costa verwies auf die nächste Tagung der Staats- und Regierungschefs am 12.02.2026; auf ihrer Agenda stehe ein strategischer Gedankenaustausch über die Stärkung des Binnenmarkts in einem neuen geoökonomischen Kontext.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2026/01/22/>

Kommission; Kommissionspräsidentin von der Leyen und Innenkommissar Brunner zum Internationalen Holocaust-Gedenktag

Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, hat in einem Statement anlässlich des Internationalen Holocaust-Gedenktages am 27.01.2026 der sechs Millionen im Holocaust ermordeten Jüdinnen und Juden sowie aller anderen Opfer des Nazi-Regimes gedacht und sie gewürdigt. Von der Leyen betonte die Eigenschaft des Nationalsozialismus als Ideologie des Hasses, wobei die Erinnerung als moralisches Vermächtnis an die Menschheit und als bleibende Mahnung bestehen bleiben werde. Die Ära der Zeugen gehe zu Ende und neue Wege des Erinnerns müssten gefunden werden. Von der Leyen betonte, dass die Erinnerung von manchen bewusst verzerrt werde, um die Gesellschaften zu spalten, Verbrechen zu relativieren und Antisemitismus anzukurbeln. Dies sei niemals gerechtfertigt. Ferner bekräftigte von der Leyen, dass jüdisches Leben in Europa gedeihen können müsse. In einem separaten Statement hob Magnus Brunner, Kommissar für Inneres und Migration, die tiefe Verankerung der jüdischen Kultur in der europäischen Geschichte hervor. Die EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens werde daher weiter umgesetzt. Außerdem solle zur Bekämpfung von Antisemitismus im Internet ein Netzwerk vertrauenswürdiger Hinweisgeber entwickelt werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_26_204

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_26_245

Außen- und Verteidigungspolitik

Kommission; Rat; Erklärung zu Grönland

In einer gemeinsamen Erklärung haben Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der Präsident des Europäischen Rates António Costa am 19.01.2026 die uneingeschränkte Solidarität der EU mit DNK und der Bevölkerung Grönlands unterstrichen. Weiterhin wurde in der Erklärung deutlich gemacht, dass die EU stets das gemeinsame transatlantische Interesse an Frieden und Sicherheit in der Arktis - auch durch die NATO - im Sinne habe. Dialog sei und bleibe entscheidend und die EU

wolle, auf den bereits zwischen DNK und den USA begonnenen Prozess weiter aufbauen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_143

Kommission; Rat; EU-Indien Gipfel

Am 27.01.2026 fand in Neu-Delhi (Indien) ein EU-Indien Gipfel statt. Die strategische Partnerschaft zwischen der EU und Indien wurde mit dem Abschluss der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen und der Unterzeichnung der Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft zwischen der EU und Indien bekräftigt. Die Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft soll dazu beitragen, die Beziehungen unter anderem in den Bereichen maritime Sicherheit, Verteidigungsindustrie, Cyber- und hybride Bedrohungen, Weltraum sowie Terrorismusbekämpfung zu vertiefen. Auf dem Gipfel wurde ebenfalls eine gemeinsame Erklärung unter anderem zu den Themen Indopazifischer Raum, Russlands Krieg gegen die Ukraine, Naher Osten, Technologie und Innovation sowie regionale und multilaterale Zusammenarbeit verabschiedet.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-summit/2026/01/27/>

E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 19.-22.01.2026 in Straßburg

Parlament lehnt Misstrauensantrag gegen die Europäische Kommission ab

In einer Abstimmung am 22.01.2026 wies das Europäische Parlament einen Misstrauensantrag gegen die Europäische Kommission zurück. Der von der Fraktion Patrioten für Europa (PfE) eingebrachte Antrag wurde mit 165 Stimmen dafür, 390 Stimmen dagegen bei 10 Enthaltungen abgelehnt. Die PfE-Fraktion hatte den Misstrauensantrag gegen die Kommission im Zusammenhang mit dem EU-Mercosur-Handelsabkommen eingebracht. Nach der Geschäftsordnung des Parlaments kann ein Misstrauensantrag gegen die Kommission von einem Zehntel der Mitglieder des Parlaments, d.h. von derzeit 72 Abgeordneten, eingereicht werden. Die Abstimmung erfolgt namentlich. Damit ein Antrag angenommen wird, ist eine Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich, die zugleich eine Mehrheit der Mitglieder des Parlaments darstellen muss.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/PV-10-2026-01-22-ITM-006-01_DE.html

EU-Mercosur: knappe Mehrheit für Gutachten des EuGH

Das EP hat am 21.01.2026 mit knapper Mehrheit beschlossen, den Europäischen Gerichtshof zu ersuchen, zu prüfen, ob das Abkommen zwischen EU und Mercosur mit den EU-Verträgen vereinbar ist. Mit 334 Ja-Stimmen, 324 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen hat das EP eine entsprechende EntschlieÙung, angenommen. Das EP fordert im Rahmen dieser EntschlieÙung seine Präsidentin auf, den EuGH anzurufen und um ein Gutachten zum Mercosur-Abkommen zu bitten. Die EntschlieÙung kritisiert u.a. die Aufspaltung des Abkommens in zwei Teile: Das Abkommen bestehe einerseits aus einem Partnerschaftsabkommen, das als umfassender politischer Teil auch in den EU-Mitgliedstaaten ratifiziert werden müsse und andererseits aus einem Handelsteil, der nur noch der Zustimmung des EP bedürfe. Dies stelle eine Umgehung nationaler Parlamente dar, heißt es in der EntschlieÙung.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2026-0008_DE.html

AdR; ECON-Fachkommissionssitzung

Am 27.01.2026 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission ECON für Wirtschaftspolitik statt. Für Hessen nahm Frau Staatssekretärin Karin Müller teil. Dabei wurde über folgende Entwürfe für Stellungnahmen abgestimmt: „Bewertung der Richtlinien über die Vergabe öffentlicher Aufträge“, „Europäischer Fonds für Wettbewerbsfähigkeit (ECF)“, „Aktionsplan für die europäische chemische Industrie“ sowie „das Binnenmarkt- und Zollprogramm“. Außerdem wurden Meinungs austausche über die folgenden Arbeitsdokumente geführt: „Digitale Vereinfachung und die Strategie für die Datenunion“ sowie „Europäische digitale Briefaschen für Unternehmen“.

<https://memportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2231726&meetingSessionId=2290581>

AdR; CIVEX-Fachkommissionssitzung

Am 28.01.2026 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission CIVEX für Unionsbürgerschaft, Regieren, Institutionelle Fragen und Außenbeziehungen statt. Dabei wurde über folgende Entwürfe für Stellungnahmen abgestimmt: „EU-Strategie für den Schwarzmeerraum - lokale und regionale Dimension“, „Erweiterungspaket 2025 - Westbalkan und Türkei“, „Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Unionsunterstützung in den Bereichen Asyl, Migration und Integration für den Zeitraum 2028 bis 2034“ sowie „Erweiterungspaket 2025 - Ukraine, Moldau und Georgien“.

<https://memportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2231735&meetingSessionId=2290590>

Wirtschaft

Kommission; EU und Indien schließen Freihandelsabkommen

Die EU und Indien haben am 27.01.2026 die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen abgeschlossen. Es handelt sich um das größte Abkommen dieser Art für beide Seiten und soll die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen vertiefen. Die EU und Indien handeln bereits Waren und Dienstleistungen im Wert von über 180 Mrd. EUR jährlich. Durch das Abkommen sollen 96,6 % der Zölle auf EU-Warenausfuhren nach Indien abgeschafft oder gesenkt werden, was laut Kommission Einsparungen von rund 4 Mrd. EUR pro Jahr ermöglichen könnte. Bis 2032 wird eine Verdoppelung der EU-Exporte nach Indien von der Kommission erwartet. Indien gewährt der EU weitreichende Marktöffnungen, unter anderem durch die schrittweise Senkung der Kfz-Zölle von 110 % auf 10 % sowie den Abbau hoher Zölle auf Maschinen, Chemikalien, Arzneimittel sowie Agrar- und Lebensmittelerzeugnisse. Besonders sensible Agrarsektoren der EU bleiben von der Liberalisierung ausgenommen. Das Abkommen verbessert zudem den Zugang zum indischen Dienstleistungsmarkt, stärkt den Schutz geistigen Eigentums und enthält ein eigenes Kapitel zu Handel und nachhaltiger Entwicklung. Im nächsten Schritt entscheiden Rat und EP über das Abkommen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_184

Kommission; Strategische Projekte zu kritischen Rohstoffen

Die Kommission hat am 19.01.2026 den zweiten Auswahlaufruf für strategische Projekte im Rahmen des Europäischen Gesetzes zu kritischen Rohstoffen (CRMA) abgeschlossen. Mit über 160 eingegangenen Anträgen bestätigt sich das Interesse von Projektträgern. Ziel des seit Mai 2024 geltenden CRMA ist laut Kommission, eine resiliente, nachhaltige und diversifizierte Versorgung der EU mit kritischen Rohstoffen sicherzustellen. Dies gilt als wesentlich für die wirtschaftliche Sicherheit und strategische Autonomie der EU. Der Status als strategisch wichtiges Projekt ermöglicht Beratung zu privaten und öffentlichen Finanzierungen, erhöht die Sichtbarkeit bei EU-Finanzierungsinstrumenten und verbessert die Umsetzungschancen durch mehr Planungssicherheit für Abnehmer. Projekte innerhalb der EU profitieren zudem von beschleunigten Genehmigungsverfahren. Insgesamt stammen 95 Anträge aus der EU und 66 aus Drittstaaten, darunter zahlreiche Länder mit strategischen Rohstoffpartnerschaften. Ein Schwerpunkt liegt auf der Batteriewertschöpfungskette (75 Projekte) sowie auf seltenen Erden für Permanentmagnete (21 Projekte).

https://single-market-economy.ec.europa.eu/news/strategic-projects-critical-raw-materials-gain-momentum-second-selection-round-potential-funding-and-2026-01-19_en

E n e r g i e

Kommission; Abbau von Hindernissen für Strombezugsverträge

Die Kommission bereitet für das zweite Quartal 2026 eine Empfehlung zum Abbau von Hindernissen für Strombezugsverträge vor. Ziel sei es, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu stärken. Dafür soll der Abschluss langfristiger bilateraler Verträge zwischen Stromerzeugern und Verbrauchern erleichtert und Investitionen in erneuerbare Energien gefördert werden. Hintergrund sind laut Kommission hohe Strompreise in der EU, die etwa dreimal so hoch sind wie in anderen wichtigen Weltregionen und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie beeinträchtigen. Hauptursache sei die strukturelle Abhängigkeit von importierten fossilen Brennstoffen. 2024 entfielen laut Kommission 47 % der Stromerzeugung auf erneuerbare Energien, 23 % auf Kernenergie und 29 % auf fossile Quellen.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/16492-Strommarkte-Abbau-von-Hindernissen-fur-Strombezugsvertrage_de

D i g i t a l

Kommission; Vorschlag zum Digital Networks Act

Am 21.01.2026 legte die EU-Kommission den Digital Networks Act vor, der den Telekommunikationsrechtsrahmen umfassend modernisieren soll. Dabei sollen laut Kommission insbesondere durch einen einfacheren Rechtsrahmen mehr Investitionen in die digitale Infrastruktur fließen. Dafür sieht der Vorschlag vor, bestehende Verordnungen und Regularien zu bündeln, Maßnahmen zur Förderung grenzüberschreitender Dienstleistungen zu ergreifen, ein konkretes Abschaltdatum für die Kupfer-Glas-Migration und zeitlich unbegrenzte Nutzungsrechte für Mobilfunkfrequenzen vorzusehen sowie eine freiwillige Schlichtungsstelle einzurichten. Der bestehende Rechtsrahmen soll durch Zukunftstechnologien wie der Satellitenkommunikation und einem neuen Verständnis der elektronischen Kommunikation ergänzt werden.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/eu-supports-digital-connectivity-simpler-and-harmonised-rules-digital-networks-act>

Finanzen

Kommission; Zwischenbewertung des Programms „Fiscalis“ für den Zeitraum 2021-2027

Die KOM hat am 23.01.2026 ihren Bericht über die Zwischenbewertung des Programms „Fiscalis“ für die Zusammenarbeit im Steuerbereich für den Zeitraum 2021-2027 veröffentlicht. Das Programm „Fiscalis“ unterstützt die Mitgliedstaaten (insbesondere die Steuerverwaltungen) bei der Entwicklung und dem Betrieb größerer transeuropäischer IT-Steuersysteme. Ziel ist es laut Kommission, den Binnenmarkt effizienter zu gestalten, die Umsetzung des EU-Steuerrechts zu erleichtern und Steuerbetrug, Steuerhinterziehung sowie aggressive Steuerplanung durch Informationsaustausch und Verwaltungszusammenarbeit zu bekämpfen sowie gleichzeitig Verwaltungskapazitäten in den teilnehmenden Ländern aufzubauen. Seit 2021 wurden im Rahmen von „Fiscalis“ 30 spezifische EES-Projekte und deren Wartung unterstützt. Zudem ermöglichte das Programm 225 Kooperationsinitiativen, darunter u.a. Projektgruppen und multilaterale Prüfungen.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14230-Fiscalis-2021-2027-programme-interim-evaluation_en

EBA/AMLA: Aufgabenübertragung von der EBA auf die AMLA abgeschlossen

Zum 01.01.2026 hat die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) ihre Aufgaben im Bereich der Geldwäsche- und Terrorismusfinanzierungsbekämpfung vollständig an die neue Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (AMLA) übergeben. Dieser Schritt ist zentraler Bestandteil des EU-Pakets zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und baut die Rolle der AMLA als zentrale Aufsichtsinstanz in Frankfurt am Main als Mittelpunkt des integrierten europäischen Systems weiter aus. Die bestehenden Leitlinien und Standards der EBA bleiben vorerst in Kraft, bis AMLA diese durch eigene Regelungen ersetzt. AMLA wird künftig 40 der größten Finanzinstitute in der EU direkt beaufsichtigen und die Zusammenarbeit der Meldestellen koordinieren. EBA bleibt weiterhin für die Regulierung von Geldwäscherisiken zuständig und wird eng mit der AMLA zusammenarbeiten. Beide Behörden haben eine formelle Vereinbarung zur kontinuierlichen Zusammenarbeit getroffen, um eine effizientere und einheitlichere Bekämpfung von Finanzkriminalität in der EU zu gewährleisten.

https://www.aml.europa.eu/eba-and-aml-complete-handover-amlcft-mandates_en

Soziales

EU-Kommission legt neue Anti-Rassismus-Strategie 2026–2030 vor

Die Europäische Kommission hat am 20.01.2026 die EU-Anti-Rassismus-Strategie 2026-2030 vorgestellt. Sie baut auf dem EU-Aktionsplan gegen Rassismus 2020-2025 auf und zielt laut Kommission darauf ab, alle Formen von Rassismus anzugehen und eine Gesellschaft zu fördern, in der Menschen ohne Diskriminierung leben und gleichberechtigt teilnehmen können. Die Strategie sieht Maßnahmen zur besseren Durchsetzung des EU-Antidiskriminierungsrechts, zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei nationalen Strategien sowie zur stärkeren Einbindung der

Zivilgesellschaft vor. Schwerpunkte liegen u.a. auf Beschäftigung, Bildung, Wohnen und Teilhabe. Zudem sollen Datengrundlagen verbessert und Fortschritte regelmäßig überwacht werden. Die Strategie ist Teil der Initiative „Union of Equality“ der Kommission.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_26_146

Gesundheit und Verbraucherschutz

EP; Verhandlungsmandat zum Rechtsakt für kritische Arzneimittel

Am 20.01.2026 hat das EP den Bericht des Berichterstatters Tomislav Sokol (KRO/EVP) und damit das Trilog-Verhandlungsmandat zum Rechtsakt für kritische Arzneimittel (CMA) angenommen (503 : 58 : 108). Der Rat hatte seine allgemeine Ausrichtung bereits am 02.12.2025 angenommen. Ziel der im Arbeitsprogramm der Kommission für 2025 angekündigten Verordnung sei es, Abhängigkeiten der EU von Drittstaaten zu verringern, darunter durch die Diversifizierung der Lieferketten und der Erleichterung des Abschlusses strategischer Partnerschaften sowie die Förderung von Investitionen in Kapazitäten für die Herstellung kritischer Arzneimittel, ihrer Wirkstoffe und anderer wichtiger Grundstoffe in der EU. Das EP befürwortet den Aufbau, die Modernisierung und den Ausbau von Produktionskapazitäten in der EU durch sogenannte strategische Projekte, denen sowohl im laufenden Haushalt als auch im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen Vorrang bei der Finanzierung eingeräumt werden soll. Unternehmen, die öffentliche Mittel erhalten, sollen dabei klaren Auflagen unterliegen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20260116IPR32437/kritische-arzneimittel-wettbewerbsfahigkeit-starken-und-engpasse-bekampfen>

EuGH; Vertragsverletzung Ungarns gegen das Unionsrecht bei seiner Abstimmung gegen die Ratsposition zur Neueinstufung von Cannabis

Der EuGH stellte am 27.01.2026 in der Rechtssache C-271/23 | Kommission / Ungarn (Neueinstufung von Cannabis) fest, dass HUN gegen Unionsrecht verstoßen hat, indem es bei einer Abstimmung in der UN-Suchtstoffkommission entgegen dem vom Rat festgelegten gemeinsamen EU-Standpunkt zur Neueinstufung von Cannabis votierte und diesen öffentlich infrage stellte. Da Entscheidungen zur Einstufung von Stoffen in den einschlägigen UN-Übereinkommen unmittelbare Auswirkungen auf das EU-Recht haben können, fällt die Festlegung eines gemeinsamen Standpunkts in diesem Bereich in die ausschließliche Außenkompetenz der Union. Ungarn verletzte damit sowohl diese ausschließliche Zuständigkeit als auch den entsprechenden Ratsbeschluss. Zudem sah der EuGH einen Verstoß gegen den Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit und die Pflicht zur einheitlichen völkerrechtlichen Vertretung der Union, weil Ungarn durch sein Abweichen die gemeinsame Verhandlungsposition der EU schwächte. Die Verteidigung Ungarns, der Ratsbeschluss sei rechtswidrig gewesen, ließ der Gerichtshof nicht gelten: Ein MS darf im Rahmen einer Vertragsverletzungsklage nicht einseitig die Gültigkeit von Unionsakten in Frage stellen, indem er sie missachtet. Nur in extremen Ausnahmefällen offenkundig nichtiger Rechtsakte wäre dies denkbar, was hier nicht vorlag.

<https://curia.europa.eu/site/upload/docs/application/pdf/2026-01/cp260008de.pdf>

Rat; Tagung des Rats Landwirtschaft und Fischerei

Am 26.01.2026 fand eine Sitzung des Rats Landwirtschaft und Fischerei statt. Auf der Tagesordnung stand u.a. die Präsentation des Arbeitsprogramm des zyprischen Ratsvorsitzes für das erste Halbjahr 2026. Der Vorsitz verdeutlichte, dass er einen fairen, wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Sektor der Primärproduktion zu fördern beabsichtige und einen umfassenden Ansatz für die künftige Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und die Gemeinsame Fischereipolitik (GFP) verfolgen wolle. Dazu gehöre auch, die Landwirte und Fischer bei der Bewältigung von Auswirkungen des Klimawandels, Marktstörungen, Risiken für die tierische und pflanzliche Gesundheit und steigenden Produktionskosten zu unterstützen. Die Ministerinnen und Minister begrüßten zudem den Vorschlag der Kommission zur Änderung der Verordnung über den ökologischen/biologischen Landbau und sprachen sich für eine rasche Einigung in der Sache aus. Ziel sei es u.a., unnötigen Verwaltungsaufwand und höhere Kosten zu vermeiden und so die Wettbewerbsfähigkeit des Sektors weiter zu fördern.

<https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/agrifish/2026/01/26/>

Justiz

EP; Plenum empfiehlt neuen Rechtsrahmen für innovative Unternehmen

Das EP hat am 20.01.2026 im Plenum mit 492 Stimmen dafür, 144 dagegen und 28 Enthaltungen eine Reihe von Empfehlungen für einen neuen Rechtsrahmen zur Unterstützung von Unternehmen in der EU verabschiedet. Es forderte die Kommission auf, noch im ersten Quartal 2026 einen Entwurf vorzulegen. Ziel dieser neuen harmonisierten Vorschriften solle sein, den Binnenmarkt zu stärken und länderübergreifende Investitionen zu fördern. Einheitliche EU-Vorschriften, das sog. „28. Regime“, sollten gleiche Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen in der gesamten EU sicherstellen und den Unternehmen Wachstum und globale Expansion erleichtern. Die Gründung einer vollständig digitalen „Einheitlichen Europäischen Gesellschaft“ (S.EU) solle innerhalb von 48 Stunden mit lediglich einem Euro Mindeststammkapital ermöglicht werden und für nicht börsennotierte Gesellschaften mit beschränkter Haftung gelten, die in einem der 27 EU-Mitgliedstaaten ansässig sind. Um den reibungslosen Betrieb von S.EUs im Binnenmarkt zu fördern, einschließlich der digitalen Kommunikation mit Behörden und der digitalen Bereitstellung von Informationen für Investoren, fordern die Abgeordneten ein von der Kommission betriebenes einheitliches, digitales und mehrsprachiges Portal, das in allen Mitgliedstaaten zugänglich ist. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte bereits am 21.10.2025 im Arbeitsprogramm für ein souveräneres und unabhängigeres Europa 2026 die Vorlage einer Initiative zum „28. Regime“ für 2026 angekündigt.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20260116IPR32438/neuer-eu-rechtsrahmen-fur-innovative-unternehmen>

In n e r e s

Kommission; Cybersicherheitspaket

Die Kommission hat am 20.01.2026 ein neues Cybersicherheitspaket vorgeschlagen. Es umfasst einen Vorschlag zur Überarbeitung der Cybersicherheitsverordnung, um die Sicherheit der EU-Lieferketten in der Informations- und Kommunikationstechnik zu verbessern. Durch ein einfacheres Zertifizierungsverfahren soll sichergestellt werden, dass Produkte, welche die EU-Bürgerinnen und -Bürger erreichen, von vornherein cybersicher sind. Der Vorschlag stärkt laut Kommission auch die Rolle der EU-Agentur für Cybersicherheit (ENISA) zur Unterstützung der Mitgliedstaaten und der EU beim Umgang mit Cybersicherheitsbedrohungen. Die Richtlinie 2022/2555 (NIS-2-Richtlinie) soll gezielt geändert werden, um die Rechtsklarheit zu erhöhen. Dies soll laut Kommission 28.700 Unternehmen (darunter 6.200 Kleinst- und Kleinunternehmen) die Einhaltung der Vorschriften erleichtern und die Befolgungskosten senken.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_105

Kommission; Konsultation zu neuen EU-Regeln zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität

Am 22.01.2026 hat die Kommission bekanntgegeben, bis einschließlich 10.04.2026 eine öffentliche Konsultation zur Vorbereitung neuer EU-Regeln zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität durchzuführen. Kommissionspräsidentin von der Leyen hatte dieses Vorhaben schon in den Politischen Leitlinien 2024-2029 angekündigt und als Teil der Initiative „ProtectEU – eine Europäische Strategie für die innere Sicherheit“ am 01.04.2025 vorgestellt. In der laufenden Konsultation sollen die Ansichten verschiedener Interessengruppen (darunter EU-Agenturen, EU-Einrichtungen, EU-Institutionen, nationale Behörden der Mitgliedstaaten, internationale Organisationen und die Zivilgesellschaft) zu folgenden Punkten gesammelt werden: Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2008/841/JI des Rates vom 24.10.2008 zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, Ausmaß der Bedrohung durch die organisierte Kriminalität, Möglichkeiten zur Bekämpfung dieser Bedrohung sowie nicht-legislative und legislative Optionen, relevante EU-Instrumente und -Organisationen und deren Funktionsweise zur Bekämpfung dieser Bedrohung.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14639-Fighting-organised-crime-new-EU-rules/public-consultation_de

V e r a n s t a l t u n g e n

Veranstaltung mit Europäischen Hochschulallianzen aus Hessen in Brüssel – starkes Signal für ein ambitioniertes Programm Erasmus+

Am 14.01.2026 fand in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU auf Einladung von Manfred Pentz, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung sowie auf Einladung von Wissenschaftsminister Timon Gremmels mit rund 140 Gästen die international ausgerichtete Veranstaltung „Europa stärken durch EU-Hochschulallianzen – Hessens Hochschulen als Motor für Innovation und Kooperation“ statt. Um die Bedeutung des EU-Programms Erasmus+ für Europa und für die Weiterentwicklung des europäischen Hochschulraums zu unterstreichen, nahm eine große Delegation der hessischen Hochschulen an der Veranstaltung teil. Alle hessischen Hochschulen, die von der EU-Kommission als „Europäische Hochschule“ ausgezeichnet wurden, entsandten hochrangige Vertreterinnen und Vertreter. Hessen war bei den Ausschreibungen um die

Auszeichnung „European University Alliance“ erfolgreich: sieben hessische Hochschulen sind jeweils Mitglied in einer Allianz, die aus Erasmus+ gefördert wird. Staatsminister Timon Gremmels warb für ein stark ausgestattetes Programm Erasmus+ und eine Aufstockung der Finanzierung der Leitinitiative Europäische Hochschulallianzen. Die Europäischen Hochschulallianzen hätten sich hervorragend entwickelt und seien eine große Bereicherung für den europäischen Hochschulraum. Die Allianzen leisteten von Beginn an einen zentralen Beitrag zur internationalen Zusammenarbeit und zum Erreichen der politischen Prioritäten der EU – von Resilienz in Zeiten von Krisen, Innovationsförderung, Digitalisierung, der Entwicklung sozialer Innovationen, der Stärkung der Demokratie bis hin zum wichtigen Transfer von Innovationen in die Wirtschaft, so der Staatsminister. Auch die beiden teilnehmenden Vertreterinnen der EU, Vanessa Debiais-Sainton, Mitglied des Kabinetts der Exekutiv-Vizepräsidentin Roxana Mînzatu, und MdEP Laurence Farreng (FRA/Renew), Berichterstatterin zum Thema und MdEP aus der hessischen Partnerregion Nouvelle-Aquitaine, teilten diese Einschätzung und unterstrichen die große Bedeutung der Allianzen für Europa und die politischen Prioritäten der EU. In der Podiumsdiskussion wurde deutlich: die Allianzen vernetzen Hochschulen aus verschiedenen Ländern erfolgreich zu langfristigen Partnerschaften, sie entwickeln neue Formen von Studium, Lehre und Forschung und stärken den europäischen Bildungs- und Forschungsraum intensiv. Die Notwendigkeit klarer finanzieller Zusagen innerhalb des Programms Erasmus+ wurde von vielen Teilnehmenden und v.a. auch von Hochschuleseite hervorgehoben. Neben vier hessischen Universitäten konnten sich auch drei hessische Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAWs) in dem sehr kompetitiven Wettbewerb um die Erasmus+-Fördermittel der EU durchsetzen. Einigkeit bestand darüber, dass die Allianzen ein zentrales Instrument zur Stärkung von Innovationskraft, Wettbewerbsfähigkeit und europäischer Identität sind und langfristig einen entscheidenden Beitrag zur Resilienz Europas leisten. Gleichzeitig wurde klar hervorgehoben, dass diese Ziele nur mit einer verlässlichen und langfristigen Finanzierung über mehrere Jahre hinaus erreicht werden können.

„Der frühe Vogel...“ – Literaturpolitische Fachveranstaltung zum Thema Urheberrecht

Am 15.01.2026 hat auf Einladung der Vertretung des Landes Hessen bei der EU und des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels sowie der Initiative Urheberrecht eine literaturpolitische Fachveranstaltung in der Landesvertretung in Brüssel im Rahmen der Reihe „Der frühe Vogel...“ stattgefunden. Im Mittelpunkt stand die Frage: „Wer partizipiert an der Wertschöpfung durch generative KI – und was passiert mit der Arbeit der Kreativen in Europa?“ MdEP Axel Voss (DEU/EVP) stellte prägnant den Inhalt seines EP-Initiativberichts zum Thema Auswirkungen der KI auf den Kreativsektor und auf das Urheberrecht vor. Der Bericht enthält Vorschläge zu den Aspekten Transparenz, Lizenzierung und Vergütung. Die Veranstaltung zeigte, dass diese Vorschläge aus Sicht vieler Akteure im Buchhandel sowie von Kreativschaffenden und Künstlern als vielversprechend angesehen werden. In der Diskussion verwiesen Rednerinnen und Redner darauf, dass die Wertschöpfung an den Werken in Europa gehalten werden müsse, anstatt Gewinne alleine von großen Tech-Unternehmen abschöpfen zu lassen, die sich in Verletzung des Urheberrechts an europäischen Werken „bedienen“. Im Rahmen eines Impulses schilderten Heide Franck, Literaturübersetzerin, und Matthias Hornschuh, Komponist und Publizist, wie sehr Autoren und Übersetzer finanziell und ideell unter dem Vorgehen großer KI-Plattformen leiden. Massenweise würden Werke urheberrechtswidrig kopiert, etwa durch große Schattenbibliotheken, und auch Daten unrechtmäßig und ohne Entlohnung für das Training der Plattformen verwendet. Die Gastredner plädierten dafür, die EU-Regulierung nachzujustieren: Transparenzpflichten sollten detailliert und

klar formuliert sein und auch durchgesetzt werden. Die sogenannte „TDM-Schranke“ aus der Urheberrechtsrichtlinie der EU (DSM) sei nicht für das Training generativer KI anwendbar. Eine Klarstellung seitens des EU-Gesetzgebers sei dringend erforderlich. Einigkeit bestand bei den wortnehmenden Gästen dahingehend, dass das Urheberrecht die gesetzliche Grundlage für schöpferisch Tätige ist, um überhaupt ein Einkommen aus ihrer kreativen Arbeit erzielen zu können und dass KI-Unternehmen die Nutzung urheberrechtlich geschützter Inhalte vergüten müssen. An die teilnehmende Vertreterin der Kommission, Renate Nikolay, stv. Generaldirektorin der GD Connect, wurde die dringende Bitte formuliert, sich intensiv mit Transparenzmaßnahmen auseinanderzusetzen und nach der Überarbeitung der Digital Single Market-Richtlinie zunächst die Herausforderungen zu lösen, die jetzt im Initiativbericht von Axel Voss MdEP diskutiert werden.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

02./03.02.	Informeller Rat „Wettbewerbsfähigkeit“
05./06.02.	Informeller Rat „Umwelt“
11.02.	Rat „Auswärtige Angelegenheiten“
12.02.	Informelle Klausurtagung der EU-Führungsspitzen
12./13.02.	Informeller Rat „Beschäftigung und Soziales“

Europäische Kommission

10.02.	Aktionsplan gegen Cyberbullying Aktionsplan zur Drohnensicherheit und zur Drohnenabwehr
--------	--

Europäisches Parlament

Europäisches Parlament 09. - 12.02.2026 Plenarsitzung in Straßburg

- Europäische Zentralbank – Jahresbericht 2025
- Änderung von Verordnungen über landwirtschaftliche Erzeugnisse in Bezug auf bestimmte Marktvorschriften und sektorbezogene Unterstützungsmaßnahmen im Weinsektor und für aromatisierte Weinerzeugnisse
- Zusammenarbeit zwischen Durchsetzungsbehörden im Hinblick auf unlautere Handelspraktiken in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette

- Weltkrebstag - Erklärungen des Parlaments
- Ansprache von Annalena Baerbock, Präsidentin der Generalversammlung der Vereinten Nationen
- Bilaterale Schutzklausel in Bezug auf landwirtschaftliche Erzeugnisse im Rahmen des EU-MERCOSUR Partnerschaftsabkommens und des EU-MERCOSUR-Interimsabkommens für Handel
- Rahmen für die Verwirklichung der Klimaneutralität
- Erstellung einer Liste sicherer Herkunftsländer auf Unionsebene
- Anwendung des Konzepts des „sicheren Drittstaats“
- Änderung der Messgeräte Richtlinie
- Unionsgeschmacksmuster (kodifizierter Text)
- Erläuterung des Aktionsplans gegen Cybermobbing - Erklärung der Kommission
- Politische Beziehungen zwischen der EU und den USA
- Aussprache über außenpolitische Fragen in Anwesenheit der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik
- Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2025/006 BE/Audi – Belgien
- Zwischenbericht im Hinblick auf das Verfahren der Zustimmung zu dem Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der EU und dem Fürstentum Andorra beziehungsweise der Republik San Marino
- Ernennung des stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsgremiums der Europäischen Zentralbank
- Entwicklung einer neuen Strategie der EU zur Bekämpfung der Armut
- Umgang mit Unterauftragsketten und der Rolle von Vermittlern zum Schutz der Arbeitnehmerrechte
- Beitritt Montenegros zum Übereinkommen vom 2. Juli 2019 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
- Beitritt der Republik Albanien zum Übereinkommen vom 2. Juli 2019 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
- Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Artikel 150 GO)
- Empfehlung an den Rat zu den Prioritäten der EU für die 70. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau

Ausschuss der Regionen

- 04.02. NAT-Fachkommissionssitzung
 EU-Bevorratungsstrategie: Stärkung der materiellen
 Krisenvorsorge der EU (Abstimmung)
 Strategie für medizinische Gegenmaßnahmen
 (Abstimmung)
 Zukunft der Entwicklung des ländlichen Raums nach 2028
 (Abstimmung)
- 05.02. COTER-Fachkommissionssitzung
 Verordnung über den Fonds für nationale und regionale
 Partnerschaftspläne (NRPP-Fonds) (Abstimmung)

Europäischer Gerichtshof

05.02.2026

Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtssachen C-364/24 und C-393 24 Fidenato – Verbot des Anbaus von genetisch verändertem Mais der Sorte MON 810 in Italien (ITL)

05.02.2026

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtsmittelsache C 572/23 P Puigdemont i Casamajó u.a. / Parlament (Aufhebung der parlamentarischen Immunität) – Aufhebung der Immunität von Herrn Puigdemont, Herrn Comín und Frau Ponsatí

05.02.2026

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C 530/24 Tipico - Rückforderung von Einsätzen bei Online-Glücksspielen (DEU)

09.02.2026

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-41/25 Osay – Gerichtliche Zuständigkeit in Insolvenzsachen – Grundsatz der Staatenimmunität (DEU)

10.02.2026

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtsmittelsache C 97/23 P WhatsApp Irland / Europäischer Datenschutzausschuss – Datenverarbeitung durch WhatsApp

12.02.2026

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C 408/24 Austrian Airlines – Staatshaftungsklage wegen Problemen bei der Flugsicherung (AUT)

12.02.2026

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-471/24 PKO BP (Kritischer Referenzwert) – Missbräuchliche Klauseln – Hypothekenkreditvertrag mit variablem Zinssatz (AUT)

12.02.2026

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C 48/24 Vilniaus tarptautinė mokykla – Sprachanforderungen an das Personal von Privatschulen in Litauen (LIT)

12.02.2026

Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-225/24
Parlament / Kommission – Unabhängigkeit der Justiz in Ungarn – Freigabe von EU-
Mitteln

12.02.2026

Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C 829/24
Kommission / Ungarn (Schutz gegen ausländische politische Einflussnahme) –
Ungarisches Souveränitätsgesetz

12.02.2026

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C 658/24
Penny Market – Verpflichtende Sonderangebote für bestimmte Lebensmittel in
Ungarn (HUN)

12.02.2026

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-857/24
daa u. a. – Zuweisung von Zeitnischen am Flughafen Dublin (IRL)

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 13.02.2026.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RENEW
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	LINKE
Fraktionslos	FL
Patrioten für Europa	PfE
Europa der souveränen Nationen	ESN
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR

Vereinigte Staaten von Amerika	USA
---------------------------------------	------------